

Pressemitteilung
Kiel, 02.11.2004

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Schließung von Olpenitz: Bund muss Verantwortung übernehmen

Anlässlich der angekündigten Schließung des Marinestützpunktes Olpenitz bei Kappeln erklären die Vorsitzende der SSW-Landtagsgruppe, Anke Spoorendonk und die SSW-Landesvorsitzende Gerda Eichhorn:

□Für den Norden endet die Reform der Bundeswehr abermals extrem bitter. Der Landesteil Schleswig hat seit 1990 schon mehrere Tausend Arbeitsplätze bei Bundeswehrreformen verloren, ohne dass dieses ausgeglichen werden konnte.

Insbesondere die Schließung des Marinestützpunktes Olpenitz ist für die Region um Kappeln eine wirtschaftliche und menschliche Tragödie. Durch den Wegfall der 2.000 militärischen und zivilen Dienstposten bricht ein Viertel der gesamten Kaufkraft in Kappeln weg. Es ist vollkommen unverständlich, weshalb der Bundesverteidigungsminister Olpenitz preisgibt, denn sowohl die militärischen als auch die betriebswirtschaftlichen Argumente sprechen für Olpenitz. Die Bundesregierung muss jetzt fast 100 Millionen Euro für die Verlagerung der Schiffe von Olpenitz nach Kiel ausgeben. Das ist eine reine Verschwendung von Steuergeldern.

Die Bundesregierung muss jetzt die Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidungen übernehmen. Wenn der Bundesverteidigungsminister die Region Kappeln verödet, dann muss die Bundesregierung daran mitwirken, einen Ausgleich für die über 2000 wegfallenden Arbeitsplätze in



Kappeln/Olpenitz zu finden.

Wir fordern, dass sie gemeinsam mit der Landesregierung einen Plan vorlegt, wie in der Region Kappeln/Olpenitz neue Arbeitsplätze entstehen können. Der Bund muss nicht nur die freiwerdenden Liegenschaften unkompliziert zur Verfügung stellen, er muss sich auch mit Fördermitteln an Konversionsprojekten beteiligen. Die Programme und Gelder der Landesregierung werden bei weitem nichts ausreichen, um der Region Kappeln eine neue Perspektive zu geben.□

